



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/257 - 9. November 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 84881 - 38

Fernschreiber 8886890

Hinweise

auf den Inhalt:

Vor der NATO Konferenz in Paris	S. 1
Sturmzeichen am La Plata	S. 3
Zum CDU "Verkehrserziehungs-Programm"	S. 5
Sechs Jahrzehnte "Lund"	S. 6
Panoptikum der Zeit	S. 7

Pulverfass des alten Kontinents ?

sp. - kaum zweieinhalb Jahre nach dem Beitritt der Bundesrepublik zur westeuropäischen Union ist von einer Revision dieses Vertragswerkes die Rede. Die Bundesrepublik hatte sich verpflichtet, auf ihrem Gebiet keine ABC-Waffenherzustellen. Dies geschah unter Druck der westlichen Alliierten, die nur um diesen Preis des Verzichtes Bonn auf die Produktion von atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen die Zustimmung ihrer Parlamente zur westdeutschen Aufrüstung erreichen konnten. Ein eigenes Rüstungskontrollamt hatte die Aufgabe, sich davon zu überzeugen, dass die in dem Protokoll über die Rüstungskontrolle niedergelegten Verpflichtungen eingehalten werden, bestimmte Rüstungstypen nicht herzustellen und die Höhe der auf dem europäischen Festland gehaltenen Bestände der Rüstungstypen, die der Kontrolle unterliegen, durch Stichproben und Inspektionen zu überwachen. Dieses Rüstungskontrollamt führte ein Dasein im Dunkeln. Es ist nie in Funktion getreten.

Heute mehren sich in verstärktem Chor Stimmen in der westlichen Welt, die eine Aufgabe der Verbotsbestimmungen für die Bundesrepublik verlangen. Praktisch geht es darum, ob sich deutsche Unternehmer und deutsche Wissenschaftler an der Ausweitung der Raketentechnik und der Raketenproduktion beteiligen sollen oder nicht. Dass die Deutschen auf diesem Gebiet Wesentliches mitbringen würden, haben sie im zweiten Weltkrieg bewiesen. Die amerikanische und die russische Raketenforschung beruht zum größten Teil auf den Forschungsarbeiten der Versuchsanstalten in Peenemünde, wenn auch nicht übersehen werden kann, dass, was die Sowjetunion anbetrifft, der Start des Sputniks I und II doch auf eigene Leistung zurückzuführen ist.

Noch liegen keine offiziellen Vorstösse der westlichen Regierungen vor und die Bonner Regierung hat auch keinen besonderen Ehrgeiz, hier vorzupreschen. An Versuchsballonen fehlt es freilich nicht, doch niemand will den Schwarzen Peter hier ziehen. Alle scheuen noch die unausbleiblichen politischen und psychologischen Folgen einer westdeutschen Beteiligung an der Herstellung von Massenvernichtungswaffen.

So schreibt die Britische Wochenzeitschrift "New Statesman":

"Am alarmierendsten vor allem ist es, dass es augenscheinlich geplant ist, Westdeutschland aus seinen vertraglichen Beschränkungen auf dem Gebiet der Atomrüstung zu entlassen. Dies würde genau das Rezept für den Beginn eines Dritten Weltkrieges sein. Warum sollen wir erwarten, dass die Sowjet-Union es Deutschland gestattet, mit Atomwaffen bewaffnet zu werden - einem Deutschland, das vor 15 Jahren die Sowjet-Union verwüstet hat?"

Weniger scharf, aber nicht minder deutlich, äusserte die linksgerichtete französische Zeitung "Combat", man könne wetten, dass sich Deutschland bei der Mitte Dezember beginnenden NATO-Konferenz nicht zu sehr bitten lassen will, um sich damit einverstanden zu erklären, dass es "offiziell das Pulvermagazin des alten Kontinentes wird".

Noch kennt niemand den Inhalt der Aktenstaschen der Militärs und Diplomaten, die sich im Dezember in Paris treffen werden. Die Bemerkung Eisenhower in seiner Ansprache an das amerikanische Volk, in der er von einer Zusammenfassung aller Energien der westlichen Welt sprach, wie auch der kürzliche Besuch des britischen Versorgungsministers Jones beim Verteidigungsminister Strauss sind allerdings unübersehbare Richtungswesen.

Darüber soll sich niemand täuschen: Sollten sich die westlichen Alliierten im Einvernehmen mit der Bundesregierung in Paris entscheiden, die Bundesrepublik in den Westpool atomarer Waffen einzubeziehen, dann wird in der deutschen Öffentlichkeit als Gegenreaktion der Gedanke eines atomwaffenfreien Raumes in der Mitte Europas immer deutlicher in Erscheinung treten. Die Ausstattung der Bundesrepublik mit atomaren Waffen würde, wie heute die Dinge liegen, jenseits des Eisernen Vorhanges zu entsprechenden Gegenmassnahmen führen. Die deutsche Wiedervereinigung dürfte dann noch schwieriger zu erreichen sein, als sie es ohnehin schon ist.

Wer will so vermessen sein, in dieser schwierigen Situation Tatbestände zu schaffen, die sich nicht mehr beseitigen lassen würden? Alle politischen Überlegungen in Deutschland, und nicht nur in der Bundesrepublik allein, sprechen dafür, dass wahrscheinlich nur eine Gipfelkonferenz im Stande sein kann, die Völker Europas von dem Alpdruck eines atomaren Tettrüstens zu befreien.

Aramburu vor dem Sturz ?

H.E.D. Vor wenigen Tagen löste sich in Buenos Aires die erst im Juli dieses Jahres gewählte Verfassungsgebende Versammlung Argentiniens auf. Von den ursprünglich mehr als vierhundert Abgeordneten hatte im Laufe der Monate die Mehrzahl ihre Mandate niedergelegt und somit die Beschlussunfähigkeit des Gremiums bewirkt. In den politischen Kreisen der Hauptstadt gibt man sich über die Folgen dieses Schrittes keiner Täuschung hin. Allgemein wird eine Verschärfung der innenpolitischen Lage erwartet.

Die Regierung Aramburu betrachtet mit Sorge den gescheiterten Versuch, dem Lande eine demokratische Verfassung zu geben. Die vom Regierungschef mit aller Kraft betriebenen Vorbereitungen, im Jahre 1958 allgemeine Wahlen abzuhalten, werden ohne Zweifel eine starke Verzögerung erleiden, da sich mit der Selbstauflösung der Konstituante herausgestellt hat, dass einer Reihe der politischen Gruppen und Parteien jenes verbindende Gefühl einer parlamentarisch-politischen Zusammenarbeit gefehlt hat. Die persönlichen Rivalitäten und Eifersüchteleien der Parteiführer, die machtpolitischen Ambitionen gewisser Gruppen und die immer noch lebendigen Vorstellungen des Peronismus mussten zu einer Paralyse der Verfassungsgebenden Versammlung führen.

Es wird natürlich nicht ausbleiben, dass die Masse der Bevölkerung in den grossen Städten (die allein einen gewissen politischen Faktor darstellt) noch mehr als bisher der Einführung parlamentarischer Einrichtungen misstrauisch gegenübersteht. Hinzu kommt die unsichere wirtschaftliche Lage Argentiniens, die nicht dazu angetan ist, Hoffnungsfreude und Zuversicht in die Zukunft zu wecken. Die sich häufenden Streiks in den wichtigen Industriezweigen verraten den Unmut der Arbeiterschaft mit der gegenwärtigen Regierung. In den Regierungskanzleien von Buenos Aires ist man nur allzu gerne geneigt, die Forderungen einzelner Gewerkschaften auf die Wählerarbeit peronistischer Agenten zurückzuführen. Aber einzig und allein das Grollen in den Massen der Aktivität des peronistischen Untergrundes zuschreiben zu wollen ist falsch und verrät die Unsicherheit der Regierung, mit den Schwierigkeiten fertig zu werden. Wie aus gut unterrichteten Kreisen zu hören war, soll sich die Umgebung des Präsidenten Aramburu mit den Gedanken tragen, eine Art nationaler Notstand auszurufen, um

mit Hilfe autoritärer Massnahmen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden.

Mit grosser Erbitterung haben die Argentinier das Verhalten der amerikanischen Regierung aufgenommen, jeder Plan zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit des südamerikanischen Raumes - etwa in der Art des Gemeinsamen Europäischen Marktes - abzulehnen. Obwohl Washington die missliche Lage der argentinischen Wirtschaft kennen musste, hatten sich die USA entschlossen, dem Antrag der argentinischen Delegation auf der all-amerikanischen Wirtschaftskonferenz mit kühlen Worten eine Abfuhr zu erteilen. Über die Gründe dieses Vorgehens rätselt man heute noch an La Plata. Während einige im Vorgehen der Amerikaner den Einfluss gewichtiger amerikanischer Konzerne erblicken, die sich lieber ihre bisherigen Steuermöglichkeiten der nationalen Wirtschaften in Südamerika erhalten wollen, sind andere der Meinung, die amerikanische Regierung rechne mit einem raschen Niedergang der Aramburu-Regierung und wolle lieber mit deren Nachfolger irgendwelche Projekte besprechen. Welcher Ansicht man auch ist, niemand von den politischen Beobachtern in Buenos Aires hegt grosse Hoffnung für das junge Pflänzlein "Demokratie" im La Plata.

Welche Auswirkungen aber ein Sturz Aramburus für ganz Südamerika haben könnte, darüber sind sich alle einig. Ein sozialer und wirtschaftlicher Unruheherd in Argentinien würde sich nicht auf das Land allein beschränken, sondern die gleichfalls sehr wenig stabilen Nachbarstaaten ergreifen, und damit kommunistischen Aspirationen neue Nahrung geben. Die ungelösten gesellschaftlichen Fragen Südamerikas schreien nach einer Lösung. Versagt der demokratische Versuch, so wird nach einer kurzen Übergangsperiode kommunistisches Gedankengut zum Tragen kommen. In welchen Formen, das ist noch ungewiss. Viele Menschen in Argentinien sehen mit Resignation eine solche Entwicklung auf sich zukommen. Was aber nützen dann südatlantische Verteidigungspakte?

Verkehrspolitik - im Scheinwerfer

Von Dr. Paul Bleiss, MdB

Die SPD wird jede Massnahme unterstützen, die die Verkehrssicherheit verbessert. Ohne Frage kann dabei eine sogenannte Erziehungsektion, die von staatlichen Stellen und sonstigen Organisationen getragen wird, wesentliche Hilfe leisten.

Die CDU übersieht nur, dass damit allein die deutsche Verkehrsnot nicht gebannt werden kann. Wer ernsthaft die Absicht hat, die Zahl der Verkehrsunfälle zu reduzieren und insbesondere die Zahl der Verkehrstoten zu verringern, muss sich auch dazu bekennen, dass der Strassen- und Autobahnbau in der Bundesrepublik mit allen nur möglichen Mitteln vorangetrieben wird, denn die schlechten und unzureichenden Verkehrswege in der Bundesrepublik sind zu einem grossen Teil schuld an der hohen Zahl der Verkehrsunfälle.

In diesem Zusammenhang hat es wenig Zweck, wenn lediglich gesagt wird, dass der Bundeskanzler bereits erklärt habe, dass ein grosszügiger Strassenbau sein besonderes Anliegen sei. Diese Erklärung findet man bereits in den Regierungsprogrammen des Bundeskanzlers von 1949 und 1953, ohne dass Entscheidendes getan worden ist, im Gegenteil, die Verkehrspolitik des Bundesministers Seebohm hat den Verkehrswirrwarr eher vergrössert.

Die Sozialdemokraten haben sich in den zwei Legislaturperioden nicht auf die Kritik beschränkt, sondern laufend konstruktive Vorschläge unterbreitet. Es sei nur an das Gesetz der SPD über die Strassenbaufinanzierung, das einen Strassenbaufonds vorsah, erinnert. Dieser Gesetzentwurf ist von der Koalition systematisch verschleppt worden, obwohl sie selber keinen konstruktiven Gegenvorschlag vorzubringen hatte.

Der sogenannte Zehnjahresplan des Bundesverkehrsministers nützt der deutschen Bevölkerung zur Zeit überhaupt nichts, da er eine Reissbrettarbeit ist, bei der die entscheidende Frage der Finanzierung ungeklärt ist. Selbst der bescheidene Versuch, im nächsten Haushaltsjahr wenigstens 1,4 Mrd. DM für den Strassenbau zu binden, ist von der Koalition abgelehnt worden.

60 Jahre "Bund"

sp- In diesen Tagen kann der jüdische "Bund", die Organisation der polnisch-jüdischen Sozialisten auf ihr 60-jähriges Bestehen zurückblicken. Der "Bund" wurde gegründet, als in Russland und Polen unter den Zarismus die Pogrome gegen die Juden an der Tagesordnung waren und besonders die jüdische Arbeiter- und Bauernschaft Furchtbares erdulden musste. Damals entstand bei dem jüdisch-polnischen Sozialisten die Idee, dass die wahren Brüder die Arbeiter sind und dass eine Überwindung der ständigen Unterdrückung des Judentums Aufgabe des allgemeinen Fortschritts ist, den die sozialistische Bewegung auf ihre Fahnen geschrieben hatte.

In enger Verbindung mit den russischen und polnischen Sozialisten entstand um die Jahrhundertwende eine mehrere hunderttausend Mitglieder zählende Organisation, die auch bald in anderen europäischen Ländern und im Übersee bei den ausgewanderten jüdischen Arbeitern festen Fuss fassen konnte.

Namen wie Hersch, Leckert und später Victor Alter und Henryk Ehrlich sind bei den jüdischen Arbeitern in aller Welt zum Begriff geworden. Leckert liess sein Leben im Kampf gegen die Judenverfolgungen unter dem Zaren, Alter und Ehrlich wurden später Opfer der bolschewistischen NKWD.

Die politische Bedeutung des "Bund" in Polen geht aus der Tatsache hervor, dass diese sozialistische Bewegung bei den letzten relativ freien Wahlen vor dem zweiten Weltkrieg in weiten Gebieten Polens mit starker jüdischer Bevölkerung die absolute Mehrheit erringen konnte.

Während des zweiten Weltkrieges war der "Bund" in Polen der Kern des Widerstandes zunächst gegen den Nationalsozialismus und später gegen den Bolschewismus. Der heldenmüchtige Kampf der Warschauer Juden gegen die Ausrottung durch die Gestapo und die SS wurde vom "Bund" organisiert.

Der "Bund" unterhält heute in der ganzen Welt und besonders dort, wo jüdische Arbeiter sesshaft geworden sind, ein starkes sozialistisches Organisationeliten. Zahlreiche, aus dem "Bund" hervorgegangene Persönlichkeiten spielen in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung eine grosse Rolle. Der "Bund" als selbständige Partei ist auch Mitglied der Sozialistischen Internationale.

Wenig bekannt dürfte sein, dass der "Bund" sofort nach dem zweiten Weltkrieg und trotz der Ermordung von Millionen Juden durch das Hitlerregime eine der ersten sozialistischen Organisationen der Welt war, die die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aufnahm und sich öffentlich gegen die "Kollektivschuld des deutschen Volkes" aussprach.

9. November 1957

Panoptikum der Zeit

Der Sekretär des Verkehrsausschusses des Bundestages, Regierungsrat Brombach, wurde verhaftet, weil er sich habe bestechen lassen und interessierten Kreisen geheime Vorlagen des Ausschusses zur Kenntnis gebracht habe. Brombachs Person ist vielen Abgeordneten dadurch bekannt geworden, daß er bei den christlichen Morgenfeiern des Bundestages die Orgel spielte.

- "Predige je nach der Gemeinde" (Sprichwort).

* * *

Aus Anlaß des 40. Jahrestages der russischen Oktober-Revolution gründeten Bauern des Dorfes Lichtenberg im Kreise Neustrelitz (Sowjetzone) eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (Kollektivwirtschaft) und gaben ihr den Namen "Sputnik".

- Wie es heißt, sollen sich die Küken bereits verpflichtet haben, zu Ehren des "Sputniks" ein besonders kräftiges "Piep, piep, piep" von sich zu geben.

* * *

Der frühere britische Premierminister Attlee kritisierte im Oberhaus das übermäßige Interesse seiner Landsleute am Schicksal des "Sputnik"-Hundes. Dem Hund gehe es besser als Millionen von Menschen in der anderen Art sowjetischer Satelliten; er werde ernährt und am Leben erhalten und habe sogar Aussichten, davonzukommen.

- Und er darf Unmut durch lautes Bellen äußern!

* * *

Der Sowjetische Botschafter in Bonn, Smirnow, ist der Auffassung, daß der Hund im "Sputnik" Nr. 2 in den nächsten Tagen auf die Erde zurückkehren werde, und zwar werde er in der Sowjetunion landen.

- Anzunehmen, daß er den Ehrentitel "Verdienter Hund der Sowjetunion" verliehen bekommt.

* * *

Mitte Juni gab der Kanzler einem amerikanischen Journalisten ein Interview, das von zahlreicher deutschen Blättern nachgedruckt wurde. Im "Tages-Anzeiger" (Regensburg) war darüber am 3. August zu lesen: "Der Kanzler ist der Ansicht, daß die Stellung Chruschtschows sehr schwach ist, da er keine richtige Macht innerhalb der Staatsführung hinter sich habe. Er stütze sich vor allem auf die Hilfe Schukows. Die Rote Armee ist doch die einzige wirkliche Macht. Adenauer ist der Meinung, daß Chruschtschow bald gestürzt werde."

- Der Kanzler würde heute dazu bemerken: "Ich han ja immer jesacht, dat man sich auf die Soffjets nicht verlassen kann."

* * *

Erschienen : Westfälische Rundschau.

* * *

Verantwortlich : Günter Markscheffel